

Klimaziele der EU: Wirtschaft warnt vor 4500 Milliarden Euro Kosten!

Neue EU-Klimaziele könnten Deutschland überfordern: Wirtschaftsverbände warnen vor Kosten von bis zu 4500 Milliarden Euro bis 2040.

In Deutschland nehmen die Sorgen um die wirtschaftliche Stabilität Überhand. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen, darunter Kurzarbeit und Stellenabbau, hat die europäische Klimapolitik die Alarmglocken läuten lassen. Die EU-Kommission plant eine drastische Verschärfung der Klimaziele, und dies trifft auf laute Kritik von Wirtschaftsverbänden, die die neuen Vorgaben als unrealistisch und potenziell schädlich einschätzen. Eine aktuelle Studie warnt vor möglichen Kosten von bis zu 4500 Milliarden Euro.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben eine umfassende Analyse veröffentlicht, die die Ambitionen der EU für das Jahr 2040 als „vorausschauend und riskant“ bezeichnet. Laut diesen Verbänden basieren die geplanten Klimaziele auf überoptimistischen Annahmen über technologische Verfügbarkeit, Ressourcen und Fachkräfte. Sollten diese Annahmen nicht zutreffen, drohen nicht nur steigende Kosten und zusätzliche Regulierungen, sondern auch erhebliche wirtschaftliche Verwerfungen.

Kritik an unrealistischen Zielen

Es gibt bereits deutliche Bedenken innerhalb der deutschen Wirtschaft, dass die ambitionierten Klimaziele, die von der EU

gefordert werden, nicht nur schwer zu erreichen sind, sondern auch große Unsicherheiten erzeugen. DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks hebt hervor: „Die deutsche Wirtschaft hat beim betrieblichen Klimaschutz schon viel erreicht.“ Dennoch warnt er, dass die energieintensive Industrie angesichts bestehender Kosten in den Bereichen Strom und Gas unter Druck steht. Dercks appelliert an mehr Realitätssinn in der politischen Diskussion.

Die Prognosen des DIHK und VKU zeigen, dass sich die Kosten für die Implementierung der Energiewende bis zum Jahr 2040 auf bis zu 4500 Milliarden Euro summieren könnten. Um die ambitionierten Vorgaben der EU zu erfüllen, wäre ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien und erhebliche Einschnitte in der Industrie notwendig. Insbesondere die Notwendigkeit, 81 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen und den Verbrauch in Gebäuden drastisch zu reduzieren, erfordert wirtschaftliche Investitionen, die schwer zu bewältigen sind.

EU-Verschärfungen erzeugen Unsicherheit

Das EU-Ziel sieht vor, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 im Vergleich zu 1990 um 90 Prozent zu reduzieren. Diese Vorgabe erscheint jedoch als äußerst herausfordernd, zumal bereits die bestehenden Vorgaben bis 2030, eine Reduktion um 55 Prozent, voraussichtlich nicht erreicht werden. Dies wirft ernsthafte Fragen über die Machbarkeit der zukünftigen Klimaziele auf und stellt die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft auf die Probe.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing äußert zudem Bedenken, dass Deutschland bereits überproportional zu den CO₂-Minderungszielen der EU beiträgt. Er betont, dass die anvisierten ambitionierten Ziele „voreilig und riskant“ seien. Es gibt bereits seit Anfang des Jahres kritische Stimmen aus der Industrie, die befürchten, dass übermäßig straffe Vorgaben zu Wettbewerbsnachteilen führen könnten. In Anbetracht der gegenwärtigen Herausforderungen ist es abzuwarten, wie die

Politik auf die Einwände aus der Wirtschaft reagiert und welche Lösungen gefunden werden, um einen Ausgleich zwischen Klimaschutz und wirtschaftlicher Stabilität zu schaffen. **Wie in einem Bericht auf www.az-online.de erwähnt.**

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at